

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Kurt Gscheidle MdB, Bundesverkehrsminister, erläutert die Verkehrspolitik 1980: Qualität vor Quantität. Seite 1 - 3

Hans-Ulrich Klose, Hamburgs Erster Bürgermeister, schreibt, weshalb die NDR-Verhandlungen gescheitert sind: Wir wollen keinen Staatsrundfunk. Seite 4/5

Elisabeth Nill MdL stellt das Kursbuch für eine humanere Schule in Baden-Württemberg vor: Kosmetik hilft an der Schulfrent nicht. Seite 6/7

Peter Schellschmidt sieht in der Union ein Risiko für den Frieden: Django-Manier. Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Goddeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 25 / 5. Februar 1980

Verkehrspolitik 1980

Zielvorgabe bleibt: Qualität vor Quantität

Von Kurt Gscheidle MdB
Bundesminister für Verkehr

Die räumliche Mobilität ist Angelpunkt vieler Lebensbereiche. Entscheidungen über die Verkehrsinfrastruktur wirken deshalb erheblich in die Gestaltung unserer Lebens- und Wirtschaftsräume und letztlich auch in den Rhythmus des Tagesablaufs der meisten Menschen unseres Landes. Deshalb können verkehrspolitische Entscheidungen nicht mit einem Seitenblick auf den Kalender getroffen werden und deshalb kann der Abschluß einer verkehrspolitischen Maßnahme - auch am Ende einer Legislaturperiode - nur Orientierungsmarke in einer durch Kontinuität gekennzeichneten Arbeit sein.

Ganz entscheidende Bedeutung wird in diesem Jahr der Verabschiedung des neuen Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen zukommen. Der Bedarfsplan ist das Kernstück des Bundesverkehrswegeplans '80, also jenes Rahmenplanes, der die Orientierungsdaten für die weitere Gestaltung des Bundesverkehrswegenetzes setzt. Dieser Plan steht im Dienste der Erhaltung und Förderung der Mobilität für den Bürger und die Wirtschaft. Zugleich orientiert er sich an der gesamtwirtschaftlichen - auch energiewirtschaftlichen - Entwicklung und an den Wertvorstellungen der Bürger. Im Fernstraßenplan kommt dieser Akzent in der Investitionsstruktur deutlich zum Ausdruck: Entsprechend meiner Zielvorgaben für den Bundesfernstraßenbau, "Qualität vor Quantität" werden qualitätsverbessernden Investitionen Vorrang vor Kilometerleistungen eingeräumt. Konkret heißt das: Wir geben rund 7.000 km bisher geplanter Autobahn auf beziehungsweise ersetzen sie durch Bundesstraßen und konzentrieren uns auf den Ausbau des vorhandenen Netzes, die Beseitigung von Engpässen und Unfallschwerpunkten, sowie auf umweltschützende Maßnahmen. Gleichzeitig wird der Anteil der Investitionen für die Bundesbahn im Bundesverkehrswegeplan '80 für die Jahre 1981 bis 1990 im Vergleich zur Dekade zuvor von 16 auf 29 Prozent angehoben werden. Damit wird auch durch die Investitionsplanung deutlich gemacht, daß wir der Bundesbahn noch mehr Bedeutung beimessen. Wir werden die Konzeption der Konzentration auf den eisenbahnspezifischen Verkehr und



der Investitionen für Modernisierung und Rationalisierung auch in der Zukunft mit Nachdruck verfolgen. Diese Bundesbahnpolitik gewinnt vor dem Hintergrund der energiewirtschaftlichen Entwicklung einen neuen Stellenwert. Ziel der Verkehrswegeplanung der Bundesregierung für die 80er und 90er Jahre ist es, den Wunsch der Bürger nach Erhaltung der Natur und der Landschaften mit dem gesamtwirtschaftlichen Erstrebenswerten, dem energiepolitisch Notwendigen, dem arbeitsmarktpolitisch Wünschenswerten und dem finanziell Machbaren zu einer vernünftigen Synthese zu vereinen.

Einem weiteren verkehrspolitischen Werk, das hoffentlich noch 1980 vollendet werden kann, messe ich große Bedeutung zu: dem Verkehrslärmschutzgesetz. Dieses Gesetz wird für viele Menschen in unserem Lande eine große Erleichterung bringen; denn es gewährt einen Anspruch für jedermann darauf, daß er entweder durch vorbeugende Planung oder durch nachträgliche Sanierung vor unzumutbarem Verkehrslärm geschützt wird. Bis zur Verabschiedung werden noch einige formale Fragen zu klären sein, zum Beispiel in welcher Form Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden mit den Hauseigentümern abgerechnet werden sollen. Aber insgesamt bin ich sicher, daß das Gesetz noch vor Ablauf der Legislaturperiode die parlamentarischen Hürden genommen haben wird.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes über das Verkehrszentralregister steht ein weiteres, wichtiges Vorhaben für das laufende Jahr zur Entscheidung an. Das Verkehrszentralregister - volkstümlich gern "die Verkehrsünderkartei" genannt - dient der allgemeinen Verkehrssicherheit, und diese Aufgabe hat es in der Vergangenheit prinzipiell auch erfüllt. Dabei sind allerdings Aufwand und Erfolg zunehmend in ein Mißverhältnis geraten. Heute sind fast fünf Millionen Personen in Flensburg registriert. Das sind entschieden zuviel; denn es darf nicht sein, daß die Gesamtheit der Kraftfahrer zum Objekt einer wachsenden Verwaltungsmaschine wird, damit die Verkehrsteilnehmer vor den relativ wenigen "Verkehrsbrowdies" geschützt werden können.

Nach dem Verkehrszentralregistergesetz sollen nur noch solche Verkehrsverstöße, die für das Unfallgeschehen wesentlich und für die Beurteilung der Fahreignung zweifelsfrei aussagefähig sind, erfaßt werden. Diese Verstöße sind im Gesetz einzeln aufgeführt und sie müssen mit einem Bußgeld von mindestens 100 DM bewehrt sein. Dadurch kann die Zahl der Eintragungen erheblich verringert werden, ohne daß das Ziel der Ver-



kehrssicherheit gefährdet würde. Gleichzeitig werden die Tilgungsfristen für die Eintragungen so verkürzt, daß die Betroffenen eine größere Chance haben sich durch korrektes Verhalten im Straßenverkehr zu bewähren.

Weniger Beachtung durch die breite Öffentlichkeit wird die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Mannheimer Akte, die den Schifffahrtsverkehr auf dem Rhein regelt, finden. Dennoch ist die Verabschiedung dieses Gesetzes von großer Bedeutung für unsere Verkehrswirtschaft. Durch das Zusatzprotokoll wird die bislang herrschende absolute Schifffahrtsfreiheit auf dem Rhein zugunsten der Schiffe der Vertragsstaaten der Mannheimer Akte und der EG eingeschränkt. Danach wird künftig nur noch den zur Rheinschifffahrt gehörigen Schiffen gestattet, Transporte zwischen zwei am Rhein und seinen Nebenflüssen gelegenen Plätzen durchzuführen. Schiffe von Drittstaaten können nur durch einstimmigen Beschluß der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt an diesem Verkehr teilnehmen. Das Zusatzprotokoll beweist die Entschlossenheit der Vertragspartner zu verhindern, daß die Schiffe des Ostblocks unkontrolliert in unseren, auf dem marktwirtschaftlichen Prinzip fundierenden Binnenschifffahrtsmarkt eindringen können, weil sie zu nicht am Markt orientierten Preisen fahren. Für uns aber ist eine funktionsfähige, eigene Binnenflotte ebenso unerlässlich, wie es eine angemessene Seehandelsflotte unter deutscher Flagge ist. Ich nehme das Zustandekommen dieses Zusatzprotokolls als gutes Omen für eine noch stärkere Solidarität in der internationalen Verkehrspolitik der Zukunft.

Wenn die genannten Maßnahmen für 1980 auch nur Bausteine in der kontinuierlichen verkehrspolitischen Entwicklung sind, sie bilden eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit in den kommenden Jahren; Jahre, die nicht gerade arm an Herausforderungen für alle sind, die Verantwortung im Verkehrsbereich tragen. (-/5.2.1980/hl/ca)



Wir wollen keinen Staatsfunk

Verständigungsmöglichkeiten über NDR an Albrecht und Stoltenberg gescheitert

Von Hans-Ulrich Klose

Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Hamburger Senat hat am Dienstag, dem 5. Februar, festgestellt, daß die Bemühungen Hamburgs, doch noch zu einer Verständigung über einen Dreiländer-Staatsvertrag für den NDR zu kommen, angesichts der fehlenden Kompromißbereitschaft der Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg ohne Aussichten auf Erfolg verlaufen sind. Hamburg war in die Sondierungsgespräche der vergangenen Wochen mit Offenheit und Kompromißbereitschaft gegangen. Es sollten Möglichkeiten für eine Annäherung der unterschiedlichen Grundpositionen gefunden werden. Für den Senat hat sowohl im Interesse des NDR und seiner Mitarbeiter als auch des Rundfunks und seiner Hörer und Zuschauer die Erhaltung der Dreiländer-Anstalt hohe Priorität. Hamburg hat alles unternommen, um die wichtige publizistische und kulturelle Einrichtung NDR für Norddeutschland zu erhalten. Für Hamburg endet die Möglichkeit eines Kompromisses dort, wo die Rundfunkfreiheit sowie Interessen der Allgemeinheit, wie sie die öffentlich-rechtliche Struktur verbürgt, zerstört werden sollen. Für Hamburg steht fest: Wir wollen keinen Staatsfunk.

Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein wollten jedoch auch in den letzten Gesprächen Hamburg ihre medienpolitischen Ziele aufzwingen. Sie fordern nach wie vor Regelungen, die den NDR zum Staatsfunk degradieren. Dies steht in Widerspruch zu der vom Grundgesetz geforderten Rundfunkfreiheit.

Im einzelnen wollen die Landesregierungen von Hannover und Kiel

- einengende Programmgrundsätze zur Begrenzung von Rundfunkfreiheit einschließlich der Rechtsaufsicht der Regierungen über die Einhaltung dieser Grundsätze auch im Programmbereich;
- einen weitgehend vom Staat beeinflussten Verwaltungsrat, in dem der Block der Regierungs- und Parlamentsvertreter (sechs von 14 Mitgliedern) entscheidendes Gewicht bei jeder Abstimmung oder Wahl hätte;
- eine nur mit einfacher Mehrheit zu treffende Wahl des Intendanten und seines Stellvertreters, die der demokratischen Pflicht zum Konsens widerspricht.

Zu diesen Punkten kommt die ultimative Forderung nach einem rechtlich verselbständigten Radio Niedersachsen mit der Wegnahme von Hörfrequenzen und Fernsehsendezeiten aus dem Bestand des NDR, um sich auch neuen, kommerziellen Trägern zur Verfügung zu stellen. Albrecht will mit seinem Staatsfunk das Programm ans Gängelband legen. Er will den NDR nicht erhalten, sondern kaputt machen: Durch Radio Niedersachsen und durch Kommerzfunk. Wem das Wort Freiheit noch etwas bedeutet, der muß zu diesen Plänen ein entschiedenes Nein sagen. Ich tue das im Interesse der Hörer und Zuschauer, aber auch der NDR-Mitarbeiter.

Dagegen zeigte der Hamburger Senat weites Entgegenkommen. Hamburg hatte sich bereit erklärt,

- in der Frage des Monopols,
- der Zusammensetzung des Rundfunkrats,
- der Gremienbefugnisse sowie
- der Regionalisierung

weitestgehende Zugeständnisse zu machen.



Zur Verbesserung der regionalen Rundfunkversorgung hatte Hamburg deshalb nicht nur teilautonome Funkhäuser mit eigenen Landesprogrammen vorgeschlagen, sondern - um den NDR zu erhalten - in dem letzten Sondierungsgespräch sogar eine verselbständigte, aber durch Kooperationspflichten mit dem NDR verbundene, niedersächsische Rundfunkanstalt für möglich gehalten. Erklärte Voraussetzung hierfür war es allerdings, daß damit aus dem Bestand des NDR und der möglichen niedersächsischen Anstalt keine Frequenzen an kommerzielle Rundfunkveranstalter gegeben werden. Ich bin in den Verhandlungen und Gesprächen bis an die Grenze des Erträglichen gegangen.

Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht reichte aber auch das nicht. Er verlangte weiter eine flächendeckende UKW-Frequenz, auf die der NDR verzichten und die den Zeitungsverlegern als Kommerzfunk dienen sollte.

Sein "letztes Angebot" (Ministerpräsident Albrecht), statt einer eigenen Frequenz, den niedersächsischen Zeitungsverlegern Sendezeiten mit eigener Programmverantwortung in einem Radio Niedersachsen einzuräumen, ändert nichts an dem medienpolitischen Gewicht dieser Forderung. An dieser Alternative wird noch deutlicher, daß hier die Möglichkeit eröffnet werden soll, ohne technische Investitionen, praktisch auf Kosten der Gebührenzahler des NDR, kommerziellen Rundfunk zu betreiben. Die Hörer und Zuschauer sollen zahlen und einige wenige dürfen kassieren.

Hamburg hatte anerkannt, daß andere Träger durch einen NDR-Staatsvertrag nicht für alle Zukunft ausgeschlossen werden können. Es hatte sich deshalb bereit erklärt, eine Öffnung bei den neuen Medien insbesondere im Videotext zuzugestehen. Dies galt auch für künftige, noch nicht zugewiesene UKW-Frequenzen.

Unvertretbar und im Widerspruch zum Grundsatzbeschuß aller Ministerpräsidenten vom Mai 1978 ist es jedoch, schon jetzt aus dem publizistischen Bestand des vorhandenen öffentlichen Rundfunks den kommerziellen Einstieg in den Rundfunk zu eröffnen. Es ist wahr geworden: Ministerpräsident Albrecht will einen anderen Rundfunk. Wir dagegen wollen einen besseren, einen freien Rundfunk.

Insbesondere der niedersächsische Ministerpräsident ist kompromißlos entschlossen, seinen Weg zu gehen. Ein Eingehen auf sein Ultimatum würde wesentliche Elemente der Rundfunkfreiheit sowie das bewährte Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien und privatwirtschaftlich organisierter Presse aufs Spiel setzen.

Hamburg wird nunmehr zunächst die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes über die Wirksamkeit der Kündigung (Auflösungs- oder Austrittskündigung) des geltenden Staatsvertrages über den NDR abwarten, mit der noch vor dem Sommer dieses Jahres zu rechnen ist.

Es erwartet von den Nachbarländern, daß sie in gleicher Weise wie Hamburg die Entscheidung dieses Gerichts zu respektieren bereit sind und mit dem bereits der Öffentlichkeit vorgestellten Entwurf für einen Zwelländer-Staatsvertrag nicht vollendete Tatsachen schaffen. Es wird für sie ohnehin notwendig bleiben, für die Fortführung des Rundfunks in Norddeutschland eine Übereinstimmung mit Hamburg zu suchen.

Hamburg hat nicht kapituliert, wir haben auch nicht resigniert. Wir werden jetzt erst recht alles tun, um Staatsfunk zu verhindern und den Norddeutschen Rundfunk zu erhalten.

(-/5.2.1980/ks/ca)

+ + +



Kosmetik hilft an der Schulfront nicht

Kursbuch für eine humanere Schule in Baden-Württemberg

Von Elisabeth Mill MdL

Schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württembergs

Wie geht es in Baden-Württemberg im Schulwesen weiter? Wird die Schule humaner, das heißt kinderfreundlicher? CDU-Fraktion und der Späth-Landesregierung zementieren mit ihren jüngsten Beschlüssen die Ausleseschule. Die vielen Reförmchen der Landesregierung machen immer dort halt, wo es gilt, den pädagogischen Ansatz konsequent zu verwirklichen und das Korsett der Ausleseschule zu sprengen. Die Betroffenen werden in Atem gehalten, so daß Reformbereitschaft und Engagement an der pädagogischen Front eher schwinden als zunehmen. Der äußere und innere Numerus clausus fördert das Ellbogenverhalten in unseren Schulen und verstößt damit gegen das Verfassungsgebot der Brüderlichkeit, wie es in der Landesverfassung festgelegt ist.

Die Initiativen der SPD-Landtagsfraktion haben wir jetzt in einem "Kursbuch für eine humanere Schule in Baden-Württemberg" zusammengestellt:

1. Abbau des äußeren Numerus clausus. Die Schule muß entlastet werden von der Aufgabe, Fahrkarten in Form von Noten für Beruf und Gesellschaft ausstellen zu müssen. Ohne die Schaffung ausreichender und qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze bleibt der Numerus clausus. Dafür trägt die öffentliche Hand Verantwortung. Wenn in Baden-Württemberg nicht bis 1985 rund 64.000 Ausbildungsplätze und 350.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen sind, lastet der Prüfungsdruck auf dem Schulwesen bis hinunter in die Grundschulen.

2. Abbau des inneren Numerus clausus. Das bedeutet:

- o Die Entscheidung für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn muß hinausgeschoben werden vom Viertklässler bis zum 14- oder 15jährigen.
- o Zentrale Prüfungen müssen abgebaut werden. Schrittweise kann der Beobachtungsbogen die Noten ersetzen. Der Anfang soll in Klasse 1 bis 4 gemacht werden. Jedes Kind soll an seinen eigenen Lernfortschritten gemessen werden.
- o Neben den intellektuellen Fähigkeiten müssen die musischen, manuellen und sozialen Fähigkeiten gefördert und als Leistung anerkannt werden. Daher muß der Kanon der Vertiefungsfächer erweitert werden.



o Lehrerbildung ist eine Brücke zur humanen Schule. Daher wollen die Sozialdemokraten mehr Lehrer einstellen und sie besser ausbilden und fortbilden. Den Lebensbezug des Lehrers vertiefen heißt zum Beispiel Schulpraktikum für alle und ohne Erfahrungen in der Arbeitswelt keine Zulassung zum Schuldienst.

3. Mehr Freiraum für die Schule am Ort. Leidenschaftlich diskutierte Schulfragen müssen nicht zentral gelöst werden. Warum sollen nicht die Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder in eine Ganztagschule, eine Orientierungsstufe, eine Gesamtschule oder ein Werkgymnasium schicken wollen. Oder in eine traditionelle Schule? Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht Einzelfragen wie Unterrichtsbeginn oder Schulleiterwahl dem Gespräch zwischen Eltern, Lehrer und Schülern überlassen bleibt. Die Betroffenen am Ort sollen den Freiraum erhalten, ihre Schule selbst zu gestalten. Sie wird dadurch lebendiger und bürgernäher.

Alle Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, die den Weg zu einer menschlicheren Schule in Baden-Württemberg öffnen wollen, wurden im Landtag von der CDU-Fraktion abgelehnt. Teillösungen wurden übernommen, soweit sie die Ausleseschule in ihrem Charakter nicht ändern. Diese roten Federn stecken dann am schwarzen Hut. Dies kann man an Hand der musischen Bildung in Baden-Württemberg dokumentieren, ebenso am Schicksal der Kommission "Anwalt des Kindes". Die SPD-Reaktion zwang CDU und Kultusministerium dazu, diese Kommission wieder arbeiten zu lassen. Die Kommission hatte es vor drei Jahren einmal gewagt, zu ihren Vorschlägen zu stehen und war daraufhin von der CDU in die Wüste geschickt worden.

Die Weichen sind in Baden-Württemberg immer noch nicht in Richtung kinderfreundlichere Schulen gestellt. Ein zentraler Punkt: Klassen- und Orientierungsarbeiten in Mathematik und Deutsch entscheiden darüber, in welche Schule unsere lojährigen geschickt werden. Alle anderen Fächer zählen nicht. Dieses Festhalten an der Verfrühung bedeutet, daß für unsere Kinder nach wie vor die Schule ein Trainingskurs zum Erwachsenendasein ist. Damit ist die von der CDU seit Jahren beschworene "Pädagogisierung" der Schule tot. Der Rest ist politische Kosmetik. Nur die Sozialdemokraten sind die politische Kraft in Baden-Württemberg, auf die gesellschaftspolitische wie die pädagogische Herausforderung an die Bildungspolitik Antwort zu geben. (-/



Django-Manier

Die Union ist ein Risiko für den Frieden

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

"Es gibt diese Widersprüche nicht", meint der CDU-Militärsprecher Wörner, angesprochen auf die unterschiedlichen Aussagen aus der Union zur künftigen Rolle der NATO und der Bundeswehr im Persischen Golf. Gibt es sie wirklich nicht oder gilt, wie derselbe Wörner seine Forderungen nach einer Ausweitung der NATO inzwischen eingeordnet sehen möchte (in der "Stuttgarter Zeitung" vom 2. Februar): "Ich wollte damit zunächst mal nur Aufsehen erregen."? Was würde aus der Bundesrepublik, was aus dem westlichen Bündnis, wenn die sicherheitspolitischen Todehöfers in die Lage versetzt würden, das auch ausführen zu müssen, was sie in Django-Manier glauben fordern zu müssen? Die Union, so wie sie ist, ist ein Risiko für den Frieden.

Das ist der Umgang der Wörners und Dreggers mit den Lebensinteressen unseres Landes in einer überaus schwierigen Situation: Die nachfolgende Dokumentation des Durcheinanders bei CDU und CSU beweist, daß der Kandidat Strauß seinen Laden genauso wenig steuern kann wie vor ihm der Kandidat Kohl. Diese Opposition belegt damit ihre Regierungsunfähigkeit auch auf einem Gebiet, das wegen seiner Bedeutung für die Erhaltung des Friedens besonders empfindlich ist. Die krassen Widersprüche sprechen für sich und gegen die Union:

Alfred Dregger:

"Der Westen sollte am Persischen Golf eine militärische Präsenz aufbauen. Diese Notwendigkeit betonte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Alfred Dregger in einem Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt." (Hamburger Abendblatt, 9.1.1980)

"Man kann daran denken, den Verantwortungsbereich der NATO auf den Südatlantik und auf Teile oder den ganzen Indischen Ozean auszudehnen." (Berliner Morgenpost, 10.1.1980)

Manfred Wörner:

"Gegenüber unserer Zeitung erklärte Wörner, er könne sich vorstellen, daß die NATO zu dieser Eingreiftruppe wenigstens 'ein symbolisches Truppenkontingent' abstellt." (Stuttgarter Nachrichten, 12.1.1980)

Alfred Dregger:

"Wir Deutsche haben keinerlei Anlaß, auf unsere Beteiligung zu drängen. Wir haben aber



auch keinerlei Anlaß, uns aus moralischen oder politischen Gründen davon auszuschließen." (Express, 25.1.1980)

Franz-Josef Strauß:

"Eines vorweg: Was immer jetzt diskutiert wird, ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des bisher vorgesehenen Raumes kommt in keinem Falle in Betracht." (Saarbrücker Zeitung, 26./27. 1.1980)

Alfred Dregger:

"Der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger hat bestritten, daß es zwischen ihm und dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß Meinungsverschiedenheiten über die Frage einer Präsenz der Bundeswehr oder Bundesmarine am Persischen Golf gebe. In einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung sagte Dregger, die Erklärung von Strauß entspreche seinen Hinweisen auf die Arbeitsteilung und die besondere Verantwortung der Bundesrepublik in Mitteleuropa." (Süddeutsche Zeitung, 26.1.1980)

Helmut Kohl: "Da gibt es nichts auszudiskutieren. In dieser Frage gibt es nur eine Meinung, die Strauß wie auch ich deutlich gemacht haben: Die Bundeswehr verteidigt die Bundesrepublik im NATO-Bereich. Ich habe auch nach der Diskussion, die am Rande der CDU-Vorstandssitzung am Montag stattfand, nicht den Eindruck, daß Herr Dregger eine andere These vertritt." (NRZ Neue Ruhr Zeitung, 30.1.1980)

Manfred Wörner:

"Es gibt diese Widersprüche nicht." (General-Anzeiger, 1.2.1980)

"Deutsche Truppen wären dabei sowieso nicht vonnöten, da sie schon mit der Verteidigungsaufgabe in Europa 'fast überfordert' seien. Anderslautende Forderungen des CDU-Politikers Dregger hätten ihn zunächst 'erschreckt'." (Stuttgarter Nachrichten, 1.2.1980)

Alfred Dregger:

Frage: "... Das sollte Ihrer Meinung nach möglich sein durch Lieferung von Kriegsgerät, sollte das auch möglich sein durch Entsendung von Bundeswehrtruppen?..."

Dregger: "Wer von den europäischen Mächten nun dazu beiträgt, die europäische Lebenslinien zu schützen, das, meine ich, ist eine Frage der Arbeitsteilung im Bündnis. Und wir Deutschen können darauf hinweisen, daß wir mehr als jeder andere europäische Staat gefordert sind, hier an der Zentralfront in Europa, wir also eher als andere uns davon ausschließen könnten."

Frage: "Also, Sie haben keine prinzipiellen Einwände gegen ein solches Engagement, sondern nur deshalb, weil wir hier am meisten gefordert sind?"

Dregger: "Genauso ist es. Ich habe keine prinzipiellen Einwendungen, weil ich der Meinung bin, wir sind ein normaler Verbündeter, wir sind ein wichtiger Verbündeter, wir sind ein zuverlässiger Verbündeter, und wir sind als die zweitgrößte Exportnation der Erde und als ein Land, das von Energie- und Rohstoffquellen in Übersee völlig abhängig ist, ein Partner, der, wie andere auch hier so zu sehen ist." (Interview im Hessischen Rundfunk am 3.2.1980)

Manfred Wörner:

"Denn auch er hatte kurz nach Afghanistan eine ähnliche These vertreten (Ausweitung der NATO-Kompetenz). 'Ich wollte damit zunächst mal nur Aufsehen erregen.'" (Stuttgarter Zeitung, 22.2.1980)

(-/5.2.1980/vo-he/oa)

Verantwortlich: Willi Carl

